

AUTORITÄRE REGIME IN OSTMITTELEUROPA 1919–1944

In der Pfalz-Akademie in Lambrecht fand vom 16. bis 20. September 1993 ein internationales Symposium über „Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944“ statt, das vom Institut für Osteuropäische Geschichte in Mainz in Zusammenarbeit mit den Lehrstühlen für Osteuropäische Geschichte in Marburg und Kiel sowie dem Osteuropa-Institut in Berlin organisiert und durch die Stiftung Volkswagenwerk gefördert wurde.

Ziel des Symposions, dessen vergleichsweise kleiner Teilnehmerkreis überdurchschnittlich intensive Diskussionen ermöglichte, war eine erste Bestandsaufnahme der zu dem Thema bisher vorliegenden Forschungsergebnisse; unter „Ostmitteleuropa“ wurde dabei ein weiter territorialer Bereich verstanden: Das Spektrum der Referenten reichte von Estland (Andres Kasekamp), Lettland (Aivars Stranga, Ilgvars Butulis), Litauen (Alfonsas Eidintas) und Finnland (Juha Siltala) über Polen (Jerzy Borejsza, Włodzimierz Borodziej), Österreich (Emmerich Talos), Ungarn (Tibor Hajdu) und die Tschechoslowakei (Eva Broklová) bis zu Bulgarien (Nicolai Poppreto), Rumänien (Ioan Chiper), Griechenland (Kostas Loulos) und Jugoslawien (Laslo Sekelj). Hinzu kamen Referate von Teilnehmern aus der Bundesrepublik über Albanien (Michael Schmidt-Neke) und die Tschechoslowakei (Peter Heumos). Einführende Vorträge hielten Peter Steinbach (Berlin) und Hans-Ulrich Thamer (Münster), die beide grundsätzliche Überlegungen zum Strukturtyp einer demokratischen Gesellschaft anstellten und als Ausgangspunkt die Problematik der Weimarer Republik wählten.

Es liegt auf der Hand, daß das weitgespannte territoriale Frageinteresse des Symposions, das Gesellschaften mit höchst unterschiedlichen sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen und Entwicklungsniveaus unter übergeordneten Fragestellungen zusammenzufassen versuchte, auf Probleme systematischer Vergleichbarkeit stoßen mußte und in der Tat stieß. Die Organisatoren hatten daher den Referenten einen Fragenkatalog in die Hand gegeben, der – nicht zu eng gefaßt – doch die Voraussetzung dafür schuf, daß die Referate auf Sachkomplexe zielten, die sich komparativ aufeinander beziehen ließen und so ein kohärentes Gesamtbild ergaben.

Zu den Schwerpunkten der Diskussion gehörte zweifellos die immer wieder thematisierte Frage danach, ob sich die Etablierung autoritärer Regime in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit unter dem Aspekt einer von vornherein zeitlich begrenzten „Entwicklungsdiktatur“ begreifen läßt, die mit dem Abbau demokratischer Strukturen

die Perspektive eines Modernisierungsschubs verknüpfte, der anders nicht zu leisten war und nach einer erfolgreichen Durchführung die Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen zumindest prinzipiell nicht ausschloß; ungeklärt blieb dabei allerdings, ob die langfristige Entwicklung der ostmitteleuropäischen Gesellschaft überhaupt unter den Kategorien der Modernisierungstheorie zusammengefaßt werden kann, die von ganz anderen Verhältnissen abgezogen sind und bei der Übertragung auf Ostmitteleuropa einen schiefen Normativismus produzieren können. Die Schwierigkeiten der Abgrenzung autoritärer von faschistischen Regimen bildeten einen weiteren viel-diskutierten Fragenkreis, nicht weniger auf die Frage, ob und in welchem Maße dem Übergang zu autoritären Herrschaftsmustern das Motiv zugrunde lag, entweder eine (vermutete oder tatsächliche) Bedrohung durch Nationalitätenkonflikte abzuwenden oder außenpolitische Instabilität auf diese Weise verringern zu wollen. Die Skepsis ließ sich nicht hinwegdiskutieren, ob angesichts der evidenten Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung der auf der Tagung behandelten Gesellschaften überhaupt so etwas wie ein allgemein halbwegs verbindliches „Entstehungssyndrom“ der autoritären Regime gefunden werden könne: Wenn für Polen autoritäre Ordnungsvorstellungen angesichts der demokratischen Traditionen des Landes eine gewichtige qualitative politische Differenz darstellten, so galt dies im albanischen, jugoslawischen oder bulgarischen Kontext aufgrund schwach etablierter demokratischer Normen bzw. der Häufigkeit autoritärer Herrschaftskonstellationen keineswegs.

Wie weit man bei der Errichtung autoritärer Regime in Ostmitteleuropa deren Entstehungsbedingungen zeitlich zurückverfolgen solle, blieb offen, auch wenn deutlich ist, daß diese Regime an weit zurückreichende Traditionen anzuknüpfen versuchten und sich mittels dieser Traditionen legitimieren wollten. Als praktikabel erwies sich der Vorschlag (Borodziej), sich auf das Jahr 1918 als Ausgangspunkt und Zäsur auch deshalb zu konzentrieren, weil mit dem Ende des Ersten Weltkriegs ein tiefgreifender Strukturwandel des Weltagrarmarkts einsetzte, der die überwiegend agrarischen Gesellschaften Ostmitteleuropas mit vergleichbaren sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontierte und in vieler Hinsicht ähnliche Lösungsstrategien erzwang.

In der Schlußdiskussion sprachen sich die Teilnehmer der Tagung nachdrücklich für weitere Veranstaltungen zu dem Thema aus, die sich dann allerdings mit eingegrenzten Fragestellungen befassen sollten. Als zwei denkbare Themenkomplexe möglicher Folgekonferenzen wurden der Bereich „politische Kultur“ (mit der Einschränkung auf bestimmte Aspekte, über die noch Einigung erzielt werden müßte) und die Frage genannt, in welcher Weise politisch organisierte Agrarbewegungen in Ostmitteleuropa zur Entstehung autoritärer Regime beigetragen haben. Unabhängig von diesen beiden Themenkreisen sind die Organisatoren der Tagung in Lambrecht an allen Forschungen interessiert, die in den Rahmen des Themas gehören. Diejenigen, die einschlägige Forschungen betreiben, sind auf diesem Wege aufgerufen, sich mit den Organisatoren der Lambrechter Tagung in Verbindung zu setzen.